

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 317—324 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

20. Mai 1919

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Neuseeland. Die Einfuhr von Sprengstoffen mit mehr als 50% Nitroglyceringehalt, die laut Gesetz vom 22./2. 1916 verboten war, ist nunmehr freigegeben worden. (Chemical Trade Journal vom 12./4.) *dn.*

England. Ausfuhrbewilligungen zur Wiederausbauung des privaten Handels mit Nordrussland sollen u. a. für folgende Waren nach Archangelsk und Murmansk erteilt werden in dem Maße, wie die einheimischen Bedürfnisse es zu lassen:

Zement (ungefähr 100 t), Kerzen (etwa 25 t), elektrische und andere Maschinen, elektrische Einrichtungsgegenstände, Stärke, Nägel (Gussisen), Drahtseil, Lack, billige Tapeten, Lüte, Fensterglas, Töpferwaren, Glaswaren, Farben, gewöhnliche Seife, Palmöl, Atznatron und kieselsaures Salz, Kerosin, Linsen, photographische Geräte und Chemikalien, Gummi, Bindfaden, Lederriemen, Stahlwaren. (Nach Board of Trade Journal.) *on.*

Belgien. Der Finanzminister hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach der Einfuhrzoll für weingeisthaltige Getränke anders geregelt werden soll; er beträgt alsdann in Frankreich für 1 hl: Für Branntweine aller Art: In Gebinden, von 50° oder weniger (Gay-Lussac) bei einer Temperatur von 15° 450, in Gebinden, für jeden Grad über 50° 9, in Flaschen, ohne Rücksicht auf den Stärkegrad 900, Liköre, ohne Rücksicht auf den Stärkegrad 900. Für andere weingeisthaltige Flüssigkeiten, mit einem Weingeistgehalte von 20% oder weniger 180, mehr als 20% und nicht mehr als 50% 450, mehr als 50% 900, Getränke, aus getrockneten Früchten hergestellt 120. In Branntwein haltbar gemachte Lebensmittel für 1 dz 450.

Die Verbrauchsabgabe für den in Belgien hergestellten Branntwein soll von 200 Fr. für 1 hl von 50° auf 400 Fr. erhöht werden. Gewöhnlicher Spiritus soll frei bleiben.

Ausländische Weine mit mehr als 20% Weingeistgehalt sollen bei der Einfuhr wie Liköre behandelt werden; gewöhnliche Weine mit nicht mehr als 15% Weingeistgehalt sollen zollfrei bleiben (unterliegen jedoch der Verbrauchsabgabe).

Der Einfuhrzoll für Bier und andere gegorene Getränke wird betragen: Bier in Fässern 10, in Flaschen 15. Andere gegorene Getränke, nicht besonderen genannt: in Fässern 10 (bisher 6), in Flaschen 15 (bisher 7). Die Steuer für die Herstellung von Bier soll 20 Centimes für 1 kg angemeldetes Schrot betragen. Für den zur Herstellung von Bier verwendeten Zucker soll — abgesehen von der allgemeinen Zuckersteuer — eine Zuschlagssteuer von 20 Fr. für 1 dz entrichtet werden. (Handelsberichten vom 17./4. 1919.) *dn.*

Italien. Die Einschränkungen für den Handel mit Gerbstoffauszügen werden aufgehoben. (Sole vom 3./4. 1919.) *on.*

Deutschland. Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Bildung einer Preisausgleichsstelle für Stickstoffdünger vom 13./3. 1919. Die Preisausgleichsstelle untersteht dem Reichswirtschaftsministerium und führt den Namen „Preisausgleichsstelle für Stickstoffdüngemittel“. Die vorgeschriebenen Meldungen haben bis auf weiteres an nachstehende Stellen zu erfolgen: 1. An die Deutsche Ammoniak-Vereinigung, G. m. b. H. in Bochum von den ihr angeschlossenen Kokereien, 2. an die Oberseelischenen Kokswerke und Chemischen Fabriken, A.-G. in Berlin, Hindersinstr. 9, von den ihnen angeschlossenen Kokereien, 3. an die Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke, A.-G. in Berlin W, Potsdamer Straße 118 a, von den ihr angeschlossenen Gasanstalten, 4. an die Preisausgleichsstelle unmittelbar von allen übrigen Erzeugern, einschließlich der Kokereien und Gasanstalten, die nicht den zu 1 bis 3 genannten Stellen angeschlossen sind. Die zu 1 bis 3 genannten Stellen haben die gesammelten Meldungen bis zum 15. jeden Monats der Preisausgleichsstelle weiterzureichen. Die zum Ersatz der erhöhten und zum Ausgleich der verschiedenen hohen Herstellungskosten den Erzeugern zu gewährenden Beträge werden von der Preisausgleichsstelle festgesetzt. Die Umlagebeträge werden nach Anweisung des Reichswirtschaftsministeriums verwendet 1. in erster Linie zum Ausgleich der verschiedenen hohen Herstellungskosten (§ 3) und zur Deckung der Unkosten der Preisausgleichsstelle, 2. zur technischen und wirtschaftlichen Förderung der Kunstdüngeranwendung in der Landwirtschaft. Über Aus-

nahmen von den Vorschriften der Verordnung, betreffend Bildung einer Preisausgleichsstelle für Stickstoffdüngemittel vom 13./3. 1919, Gesetzbl. S. 308, bestimmt der Reichswirtschaftsminister. *ll.*

Wirtschaftsstatistik.

Die amerikanische Eisenerzförderung im Jahre 1918 fiel einem Bericht des „United States Geological Survey“ zufolge von 75 288 851 gross t im Jahre 1917 auf 69 712 000 gross t im Jahre 1918. Die Abnahme beträgt 7,4%. Auch gegenüber dem Jahre 1916 ist ein Rückgang zu verzeichnen; es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Förderung in den Jahren 1916 und 1917 außergewöhnlich hoch war. Die Verladungen von den Minen werden auf 72,192 Mill. gross t im Werte von 246,043 Mill. Doll. geschätzt, im Vergleich mit 75 573 207 t im Werte von 238 260 440 Doll. im Jahre 1917. Daß trotz der geringeren Verladungen der Wert im letzten Jahr gestiegen ist, ist auf die höheren Preise zurückzuführen. Der Durchschnittsverkaufspreis des Erzes in den Minen stellte sich auf 3,41 gegen 3,15 Doll. in 1917. Die Vorräte der Minen nahmen von 10 628 908 im Jahre 1917 auf 8,139 Mill. t, das ist um 23,4% im Jahre 1918 ab. Der in allen in Betracht kommenden Teilen des Landes zu verzeichnen gewesene Rückgang in der Förderung dürfte dem genannten Bericht zufolge durch die Unsicherheit in der industriellen Lage, durch Mangel an Arbeitskräften und durch Beförderungsschwierigkeiten verursacht sein. — Ungefähr 86% des geförderten und verladenen Erzes kamen aus dem Lake Superior Distrikt, woselbst ungefähr 60,092 Mill. t gefördert und ungefähr 62,285 Mill. t verladen wurden gegen 63 666 068 und 63 854 752 t im Jahre 1917. Der Durchschnittspreis in den Minen stellte sich auf etwa 3,50 (3,28) Doll. In den Südoststaaten, zu denen der Birmingham-Distrikt gehört, wurden ungefähr 10% der Gesamtmenge gefördert und verladen. Die Förderung dieser Staaten wird auf 6 906 000 (8 333 766) t geschätzt, die Verladungen auf 7 249 000 (8 396 841) t. Der Durchschnittspreis in den Minen betrug 2,40 (1,96) Doll. Die nordöstlichen Staaten (New Jersey, New York und Pennsylvania) förderten etwa 1.862 (2,341) Mill. t und verluden 1 821 000 (2 379 393) t. Der Durchschnittsverkaufspreis in den Minen stellte sich auf 4,91 (4,45) Doll. In den westlichen Staaten (Colorado, New Mexiko, Utah und Wyoming) wurden ungefähr 750 000 (837 673) t gefördert und etwa 740 000 (832 056) t verladen. Der Durchschnittspreis betrug 1,72 (1,39) Doll. — Die Einfuhr von Eisenerz im Jahre 1918 belief sich auf 787 468 (971 663) t, die Einfuhr von Roheisen (hauptsächlich Ferromangan und Ferrosilicium) auf 34 711 (76 786) t. Die Ausfuhr von Eisenerz im Jahre 1918 betrug 1 256 431 (1 132 313) t und die Ausfuhr von Roheisen mit Einschluß einer geringen Menge Ferromangan und Ferrosilicium 269 527 (656 220) t. (Nach „Iron Age“; Nachrichten 88, 1919.) *ar.*

Die Kautschukausfuhr der malayischen Staaten. Nach der neuesten Statistik bezogen von den Straits Settlements die Vereinigten Staaten, die im Jahre 1916 von der Gesamtausfuhr (80 000 t) 43 000 t übernahmen, im Jahre 1917 85 268 t Kautschuk von einer 121 082 t umfassenden Gesamtausfuhr, und im Jahre 1918 92 454 t von 122 004 t. Japan, dessen Kautschukeinfuhr sich ständig gesteigert hat, bezog im Jahre 1918 7579 t gegenüber 3190 t im Jahre 1917 und 2119 t im Jahre 1916. Nach Großbritannien wurden nur 14 583 t Rohkautschuk verschifft verglichen mit 27 812 t im Jahre 1917, 28 808 t im Jahre 1916 und 27 473 t im Jahre 1915. Die Ausfuhr war folgende:

Straits Settlements:

	Dezember 1918 t	Gesamt- ergebnis 1918 t	Gesamt- ergebnis 1917 t
Großbritannien	2 021,2	14 583,9	27 812,3
Vereinigte Staaten u. Canada	6 390,3	92 454,0	85 268,3
Europäischer Kontinent	341,0	5 715,6	4 259,2
Australien	65,4	955,0	193,5
Ceylon	—	643,6	358,0
Japan	1 662,6	7 579,6	3 190,4
Andere Länder	25,0	73,2	0,3
Summe	10 505,5	122 004,9	121 082,0

In diesen Mengen ist neben einheimischem Kautschuk auch Kautschuk, der aus den malayischen Bundes- und Nichtbundesstaaten kam und auf den Straits Settlements umgeladen wurde, enthalten. Der

Wert der Kautschukausfuhr aus den Straits Settlements wird auf annähernd 19 531 983 Pfd. Sterl. geschätzt. — Aus den Malayischen Bundesstaaten wurden verschifft:

	Dezember 1918 t	Gesamt- ergebnis 1918 t	Gesamt- ergebnis 1917 t
Straits Settlements	5 820,90	70 609,80	66 772,82
Großbritannien	1 103,66	8 187,51	11 889,05
Europäischer Kontinent	29,46	85,44	—
Ceylon	—	221,71	699,92
Andere Länder	130,54	1 120,69	469,58
Summe	7 084,56	78 225,15	79 831,37

Die Preise sanken im verflossenen Jahre. Der Wert der im Jahre 1918 ausgeführten 78 255 t beläuft sich auf 13 552 928 Pfd. Sterl. gegenüber 22 050 727 Pfd. Sterl. für 79 831 t im Jahre 1917. Die Ausfuhr von Kautschuk im Februar dieses Jahres, die sich auf 10 809 t belief, war die größte, die bisher verzeichnet wurde. Sie steht einer Ausfuhr von 6820 t im entsprechenden Monat des Vorjahrs und von 7250 t im Februar 1917 gegenüber. Das Ergebnis für die ersten beiden Monate dieses Jahres ist 17 972 t gegenüber 14 408 t in demselben Zeitraum 1918 und 13 245 t in den beiden ersten Monaten des Jahres 1917. („Board of Trade Journal“ vom 20./3. 1919.) *ar.*

Japanische Patentstatistik. Im Jahre 1918 wurden in Japan eingereicht: 6482 Patentanmeldungen, 13 618 Gebrauchsmusteranmeldungen und 16 482 Warenzeichenanmeldungen. Von den Patentanmeldungen entfallen 5564 auf Japaner und 918 auf Ausländer, von den Gebrauchsmusteranmeldungen 13 595 auf Japaner und 23 auf Ausländer, von den Warenzeichenanmeldungen 15 282 auf Japaner und 1200 auf Ausländer. (Patent and Trade Mark Review 16, Nr. 11.) *u.*

Niederländische Patentstatistik für 1917. Im Jahre 1917 gingen 1552 Patentanmeldungen ein. Von den eingegangenen Patentanmeldungen entfallen: Auf die Niederlande 554, Ni derländisch-Indien 41, davon 33 aus dem Hilfsbureau in Batavia, Belgien 24, Dänemark 29, Deutschland 372, England 153, Frankreich 38, Ungarn 1, Italien 7, Norwegen 23, Österreich 31, Rußland 3, Spanien 5, Schweden 69, Schweiz 41, Vereinigte Staaten von Nordamerika 127, Canada 6, Mittel- und Südamerikanische Staaten 3, Australien 9, China 2, Japan 8, Britisch-Indien 4, sonstige Länder 2. (Aus dem Geschäftsbericht des Niederländischen Patentamts für 1917.) *u.**

Deutsche Patentstatistik. Die Zahl der Patentanmeldungen betrug im Jahre 1918 30 049. Sie hat gegen das Vorjahr um 22,9% abgenommen. Erteilt wurden im Jahre 1918 6499 Patente und 841 Zusatzpatente. Die Zahl der abgelaufenen und sonst gelöschten Patente betrug 5444. Gebrauchsmuster wurden im Jahre 1918 angemeldet 30 882 und eingetragen 20 800. Die Zahl der Warenzeichenanmeldungen betrug 11 980, die Zahl der Warenzeicheneintragungen 6637. An Gebühren gingen im Jahre 1918 ein 11 068 200 (10 568 620) M. Bis Ende 1918 ist in 46 333 Fällen eine Stundung von Patentjahresgebühren bewilligt worden. Auf 1918 entfallen davon 11 185 Anträge. (Bl. f. Patent-, Muster- u. Zeichenw. 1919, Nr. 3.) *u.*

Eisenerzvorkommen in Spanien. Einer von Ingenieuren vorgenommenen, in der „Revista Industrial y Financiera“ veröffentlichten Schätzung zufolge, verfügt Spanien über mehr als 700 Mill. t Eisenerz mit einem Eisengehalt von durchschnittlich 50%. Die Menge verteilt sich auf nachstehende Gebiete in folgender Weise (in Millionen t):

León	150	Málaga, Granada	25
Torrel (?)	135	Almeria	25
Vizcaya	7	Logroño	20
Lugo	65	Murcia	15
Teverga	55	Catalonien	10
Aragon	40	Guipuzcoa und Navarra	10
Sevilla	35	Extremadura u. Segovia	10
Santander	25	Ciudad Real	10

(Board of Trade Journal vom 27./3.) *ar.*

Canadas Ausfuhr von Calciumcarbid nach Großbritannien. Aus einem Bericht der in Großbritannien weilenden kanadischen Handelskomissare geht hervor, daß Canada mit Norwegen in der Ausfuhr von Calciumcarbid auf dem britischen Markt früher nur schwer zu konkurrieren vermochte. Inzwischen hat jedoch der Krieg Canada Gelegenheit gegeben, auf dem britischen Markt eine ganz beträchtliche Menge Carbid zu verkaufen. Während in den Jahren 1913 und 1914 nichts verkauft wurde, belief sich seine Ausfuhr im Jahre 1915 auf 39 039 ewts, 1916 auf 81 654 ewts und 1917 auf 58 245 ewts. Ob Canada imstande sein wird, diese Ausfuhr nach Großbritannien auch nach dem Kriege fortzusetzen, wird von verschiedenen Umständen abhängen. Großbritanniens normale Einfuhr belief sich in Friedenszeiten jährlich auf 26 000 t Calciumcarbid. Von dieser Einfuhr entfielen etwa 18 000 t auf Norwegen. (Norges Utentrikshandel.) *ar.*

Übersichtsberichte.

Aussichten der Seifenindustrie Englands. Die Ausfuhr von Seife (s. a. S. 139) weist im Jahre 1918 eine wesentliche Minderung (um ungefähr 60 000 t) gegenüber dem Vorjahr auf, wo die Ausfuhr 125 000 t betrug. Es wurden vornehmlich Haushalt- und Waschseife sowie andere Arten von Seifen, wie Toilette- und Schmierseife, Seifenpulver usw. ausgeführt. Der größte Abnehmer für diese Produkte ist Indien. Indien ist der einzige Teil des Britischen Reiches, in welchem noch keine englischen Seifenwerke errichtet worden sind, obwohl diese Frage wiederholt von englischen Seifenfabrikanten in Erwägung gezogen worden ist. Die indische Regierung beabsichtigt nun, die Herstellung von Seife in größtem Maßstabe aufzunehmen, veranlaßt durch den zunehmenden Bedarf an Glycerin während des Krieges. Das Indian Fisheries Department hat bereits vor einiger Zeit eine Versuchsanlage in Bangalore errichtet. Jetzt besteht aber die Absicht, größere Fabriken für diesen Industriezweig zu bauen. In den übrigen Teilen des Britischen Reiches sind schon vor längerer Zeit solche Fabrikanlagen von englischen Gesellschaften errichtet worden, so daß der Ausfuhrhandel in Seife nach diesen Kolonien beständig in Abnahme begriffen ist. Das gleiche gilt für Japan, wo große englische Seifenfabriken in Kobe errichtet worden sind. Japan hat auch schon einen umfangreichen Ausfuhrhandel in Seife (s. S. 5), der zum größten Teile nach Indien geht. Wahrscheinlich können die Vereinigten Staaten als der größte Konkurrent gelten, da es dort den Seifenfabrikanten während des Krieges ermöglicht war, durch den Verkauf von Glycerin zu sehr hohen Preisen (nämlich zu 300 Pfd. Sterl. die t gegen den kontrollierten englischen Höchstpreis von 87 Pfd. Sterl.) ihre Seife zu niedrigerem Preis auf den Markt zu bringen und damit auf ausländischen Märkten Fuß zu fassen. Auch Frankreich und Italien hatten vor dem Kriege eine beträchtliche Seifenindustrie, die jedoch während des Krieges stark zurückgegangen ist. Beiden Ländern mangelt es zur Zeit stark an Rohstoffen zur Herstellung von Seife: Italien besitzt keine eigenen Vorräte an Rohmaterial, und obwohl Frankreich hinreichend Quellen hierfür in seinen Kolonien besitzt, vornehmlich in Senegal, so liegt doch der Ausfuhrhandel Frankreichs an Seife daneben. So z. B. wird Marokko von den Seifenfabrikanten Südfrankreichs als besonderer französischer Markt in Anspruch genommen, zur Zeit wird jedoch englische Seife in starkem Maße nach Marokko eingeführt. Durch die weitgehende Herstellung von Margarine ist ein Mangel an Rohstoffen für die Seifenfabrikation eingetreten. In Großbritannien wurden sämtliche Öle, die zur Herstellung von Seife erforderlich sind, durch die Regierung kontrolliert und für die Herstellung von Margarine verwendet. Die „Oil and Fats Restriction Order“ betraf alle Öle und Fette mit Ausnahme des Walfischöles, des Knochenfettes, des Leinsaftöles und des Ricinusöles. Es entstand daher eine starke Nachfrage nach anderen Rohstoffen, aus denen sich die Seife etwa herstellen lassen könnte. Der Vorsitzende der Sapon Soaps, Ltd., teilte kürzlich mit, daß die Gesellschaft für die Seifenerzeugung ein Verfahren ausfindig gemacht habe, bei dem nur in geringem Maße Fett notwendig sei. Die ausgedehnte Herstellung von Glycerin zu Munitionszwecken während des Krieges hat auch große Vorräte an Ölen und Fetten als Nebenprodukte ergeben; solange daher Glycerin in großem Maße gebraucht wird, stehen den Seifenfabrikanten genügend Rohstoffe zur Verfügung. Es ist jedoch eine Bewegung im Gange, Glycerin auf anderem Wege herzustellen, so daß bei der Herstellung von Glycerin die für die Herstellung von Seife so notwendigen Nebenprodukte nicht gewonnen werden.

Die finanzielle Lage der britischen Seifengesellschaften ist sehr günstig, so daß die Firma Lever Brothers ihr Kapital auf 60 Mill. Pfd. Sterl. erhöhte und im vergangenen Jahre einen Gewinn von nahezu 2 Mill. Pfd. Sterl. erzielte (s. Angew. Chem. 31, III, 171, u. 622, sowie 32, II, 82 [1919]). Sie hat die Sanitas Company, Ltd., und die Bathurst Trading Company (Westafrika) erworben. J. Crossfield and Sons und W. Gossage and Sons sind jetzt mit der Firma Brunner, Mond and Co., Ltd., eng verbunden (s. Angew. Chem. 31, III, 629 [1918]), und es ist anzunehmen, daß diese beiden Seifenfabrikantengruppen, nämlich die Levergruppe und die Brunner-Mond-Gruppe, insgesamt 80% des gesamten Seifenhandels kontrollieren. Außerhalb dieser beiden Gruppen bestehen noch eine Anzahl kleiner Seifenfirmen. Zu erwähnen ist noch die Co-operative Wholesale Society (C. W. S.), die Seifenwerke in Irlam, Dunston und Silver town besitzt und wöchentlich ungefähr 800 t Seife herstellt. („Economist“ vom 29./3. 1919.) *ar.*

Herstellung von Olivenöl in Argentinien. Der Direktor der landwirtschaftlichen Schule in Tucuman wurde auf der kürzlich in Córdoba abgehaltenen landwirtschaftlichen Ausstellung mit einem Diplom und einer silbernen Medaille für das in der betreffenden Schule hergestellte Olivenöl ausgezeichnet. Wenn es sich auch nur um einen Versuch handelt, bei welchem man naturgemäß nicht über die geeigneten technischen Einrichtungen verfügte, so kommt ihm doch insofern eine große Bedeutung zu, als er den Beweis dafür liefert, daß der Anbau von Olivenbäumen in der Provinz Tucuman mit durchschlagendem Erfolg betrieben werden könnte. Bisher führte Argentinien jährlich außer reichlich 20 000 t Olivenöl auch frische

und geprägte Oliven im Werte von 1,5 Mill. Doll. Gold aus Spanien, Italien und Griechenland ein. Klima und Boden in Tucuman eignen sich vorzüglich für den Anbau von Olivenbäumen. Der einzige Nachteil, der dem rationellen Anbau der Bäume entgegenstand, war ihre lange Vegetationsperiode. Durch ein besonderes Verfahren im Okkultieren hat man aber erreicht, daß die Bäume bereits in wenigen Jahren Früchte tragen. In der landwirtschaftlichen Schule in Tucuman gibt es Bäume, die 3—4 Jahre nach der Umpflanzung Früchte tragen und nach dem neuesten Pflanzverfahren schon nach Ablauf von 3 Jahren. („Capital“ vom 7./1. 1919; W. N. D.) *ll.*

Die Zündholzfabrication in Brasilien. Die brasilianischen Zündholzfabricen erzeugen jährlich 380 000—420 000 Kisten, von denen jede $8\frac{1}{3}$ Gros enthält (1200 Schachteln). In den Schachteln sind 50—60 Streichhölzer enthalten. Zwei Sorten werden hergestellt, nämlich Sicherheitsstreichhölzer aus Holz von demselben Aussehen wie die skandinavischen und Wachszündhölzer. Von diesen werden jährlich ungefähr 30 000—40 000 Kisten hergestellt. Vom Auslande bezieht Brasilien keine Zündhölzer. Die einheimische Zündholzindustrie wird durch hohe Einfuhrzölle geschützt. Die hauptsächlichsten Rohmaterialien sind: Holz aus der Parand-Kiefer, Papier, aus eingeführter Holzmasse hergestellt, da importiertes Papier infolge des hohen Zolles zu teuer kommt. Dazu werden folgende Rohmaterialien eingeführt: Kaliumchlorat 400 t, Paraffin 400 t, Leim 40 t, Gummiarabikum 35 t, Schwefel pulveris. 40 t, doppeltchromsaures Kali 20 t, roter Phosphor 15 t. Früher wurden Streichhölzer in Blechkästen gepackt ohne weitere äußere Verpackung. Seitdem die Preise aller Blecharten gestiegen sind und die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten eingeschränkt wurde, werden jetzt fast ausschließlich Holzkisten verwendet. Die Streichholzfabrication verbrauchte durchschnittlich 600—800 t Weiß- und Zinkblech. („The British Trade Journal“ vom 1./10. 1918.) *dn.*

Der Flachsanbau in Irland umfaßte 1918 141538 acres, eine Erweiterung wird in diesem Jahre nicht erwartet. Der Regierungspreis, 25/- bis 35/- p. stone, ist zwar garantiert, doch stehen der Verbreitung des Flachsbaues verschiedene Hindernisse im Wege, insbesondere wirken die hohen Arbeitslöhne entmutigend auf die Landwirte. Mehrfach ist darauf hingewiesen worden, daß sich beim Flachs außer der Faser auch der Flachssamen als Handelsartikel günstig verwerten läßt, und zwar für Saatzzwecke und als Viehfutter, und selbst von amtlicher Stelle sind die Bauern angehalten worden, auch diesem Umstand ihre Aufmerksamkeit zu schenken. F. J. Leith, der Inhaber der ersten Flachshandelsfirma in Irland, hat berechnet, daß die irischen Bauern einen Mehrertrag von 30 Pfd. Sterl. p. acre Flachs erzielen würden, wenn sie sich um Erhaltung und Verwertung des Flachssamens mehr kümmern würden. („Times Tr. Suppl.“, März 1919.) *ar.*

Die englische Flachsindustrie (vgl. a. S. 46) wird sich um ein großes neues Unternehmen erweitern. In Fletton, Peterborough, hat die Regierung 200 acres Land erworben, auf denen gegenwärtig große Anlagen zur Flachsverarbeitung errichtet werden. Das Werk befindet sich unter der Leitung von R. J. Foster von der Universität Leeds, der bis jetzt der Flachsversuchsstation Selby vorstand. Im verflossenen Jahre wurden in Cambridgeshire, Northamptonshire, Huntingdonshire und Lincolnshire bereits 4000 acres mit Flachs bebaut und weitere 3000 acres sollen jetzt besät werden, so daß für genügende Mengen Rohstoff gesorgt ist. („Textile Mercury“ vom 22./2. 1919; W. N. D.) *on.*

Marktberichte.

Lage der chemischen Industrie Ende März. In der ungünstigen Lage der chemischen Industrie ist nach einer Reihe von Handelskammerberichten eine wesentliche Änderung nicht eingetreten. Nur in ganz vereinzelten Fällen konnte eine leichtere Besserung gemeldet werden, während im allgemeinen die Schwierigkeiten infolge des Kohlen- und Rohstoffmangels unvermindert fortbestehen und sich teilweise noch verschärft haben. Dazu treten in vielen Fällen Lohnforderungen, deren Bewilligung die Rentabilität der betreffenden Werke in Frage stellen würde. Im Hallenser Gebiet machen sich neben den übrigen Schwierigkeiten die Nachwirkungen des Streiks in Mitteldeutschland insofern noch besonders bemerkbar, als Apparaturen für Dauerbetrieb infolge der Stilllegung schwere Schädigungen erlitten haben. Um der Betriebsstofnnot abzuhelfen, sind einige Werke im Bezirk der Handelskammer Frankfurt a. M. dazu übergegangen, versuchsweise Teerölfeuerung einzuführen. Den Seifenfabriken und der Fabrikation fettloser Waschmittel stehen nur gänzlich unzureichende Mengen von Pottasche und calcinierter Soda zur Verfügung. Im hannoverschen Bezirk fehlen der Gummiindustrie neben dem Rohkautschuk die zur Erzeugung erforderlichen Webstoffe. Die Versorgung der chemisch-pharmazeutischen Betriebe mit Salzsäure, Natronlauge und Soda ist äußerst dürftig. Der Mangel an Glycerin und das Verwendungsverbot für Casein verhindert die Herstellung wichtiger Arzneimittel. Unentbehrliche

Rohstoffe der Farbenfabriken, wie Leinöl, Harze, Kopal, Asphalt sind beschlagnahmt, Firnisse und Lacke nur in geringen Mengen zum 50- bis 80-fachen des Friedenspreises zu haben. Bunte Anilinfarben zu beschaffen, ist kaum möglich, da die herstellenden Werke zumeist im besetzten Gebiet liegen; raffinierte Mineralöle fehlen gänzlich, ebenso der früher als Leinölersatz verwendete Tran. *ll.*

Ermäßigung der deutschen Eisenausfuhrpreise. Der deutsche Stahlwerksverband in Düsseldorf hat sich genötigt gesehen, die Eisenausfuhrpreise zur Lieferung in die Schweiz abermals zu ermäßigen. Der Abschlag beträgt 110 Fr. die Tonne für Träger und anderes Bauteile, so daß sich der Verkaufspreis nunmehr auf 500 Fr. stellt. Nach Dänemark ist kürzlich ein ähnlicher Nachlaß eingetreten (s. S. 265). Die Ursachen für diese Maßnahme sind besonderer Art. Der Stahlwerksverband hat für die Schweiz eine Händlervereinigung ins Leben gerufen, welche sich aus Eisenhandelsfirmen zusammensetzt, die ausschließlich den Interessen des Verbandes zu dienen haben. Nun ist vor einiger Zeit ein weiterer, ähnlich gearteter Zusammenschluß von Eisenhandelsfirmen in der Schweiz erfolgt, und zwar von solchen Händlern, deren Interessen mehr nach der Seite der französischen Hüttenwerke hinüberneigen. Von dieser Gruppe aus sind die deutschen Offeren in der letzten Zeit wiederholt unterboten worden, so daß schon Anfang März eine Preisermäßigung um 100 Fr. erforderlich war. Auch französisches Roheisen wird in der Schweiz billiger als die deutschen Marken angeboten. Die französischen Hüttenwerke selbst können für die Ausfuhr noch nicht liefern; sie bedienen sich zur Erfüllung etwaiger Lieferverpflichtungen der deutschen Werke, welche im besetzten Gebiet, vornehmlich in Lothringen, liegen. Es handelt sich dabei um die Werke Rombacher Hüttenwerke, Stahlwerk Thyssen und Lothringer Hütten- und Bergwerks-Verein. *on.*

Die neuen Eisenhandelspreise. Der westdeutsche Eisenhändlerverband (Köln) beschloß für sämtliche Gruppen angesichts der gestiegenen Werkspreise eine entsprechende Erhöhung der Lagerpreise unter gleichzeitiger Berechnung der neuen Frachtensätze. Danach kosten jetzt Stabeisen 680 M, Grobbleche 745 M, Reinbleche 890 M, kleine Dimensionen mit entsprechenden Aufschlägen, Bandeisen 730 M, alles je Tonne franko Verbrauchsstation. *on.*

Markt künstlicher Düngemittel. (6./5. 1919.) Über die Zukunft der Salpeterindustrie besteht im allgemeinen noch wenig Klarheit. Die Werke selbst sind anscheinend wenig geneigt, über ihre etwaigen Absichten ungefähre Angaben zu machen. Andererseits hat es bisher aber auch etwas Überraschung hervorgerufen, daß in englischen Handelskreisen die Ansichten über die Zukunft des Salpetermarktes sehr verschieden sind. Die Kursbewegungen für Aktien gewisser Salpeterwerke an der Londoner Börse in der letzten Zeit lassen darauf schließen, daß Englands Interesse an der Salpeterindustrie Chiles in den letzten Kriegsjahren erneut erheblich gestiegen ist. Als im ersten Kriegsjahr die Salpeterindustrie von einer schweren Absatzkrise bedroht war, nahmen amerikanische Bankkreise größeres finanzielles Interesse an Salpeterwerten, während neuerdings, wie aus der Haltung der Londoner Einkaufszentrale auch hervorgeht, England wieder die Führung übernommen hat. Die Marktlage in England läßt darauf schließen, daß der Absatz von Salpeter nach Europa im allgemeinen nicht ungünstig beurteilt wird. Nach erheblichem Rückgang der Frachten hat Chile sich bekanntlich veranlaßt geschen, die Salpeterpreise erheblich zu ermäßigen; demgegenüber sind jedoch die Notierungen an den englischen Märkten im Laufe des Berichtsabschnittes unverändert geblieben, so daß beispielsweise in Liverpool gewöhnlicher Salpeter 26 Pfd. Sterl. bis 26 Pfd. Sterl. 10 sh. und raffinierter 27 Pfd. Sterl. bis 27 Pfd. Sterl. 10 sh. die Tonne kostet. Nachdem an der Westküste nach und nach die Preise von 14 sh. bis 14 sh. 6 d. das Quintal auf 10 sh. bis 10 sh. 6 d. das Quintal zurückgesetzt worden sind, würde also jetzt dem englischen Handel aus der Einfuhr nach Europa ganz erheblicher Gewinn zufließen. Da England zunächst hauptsächlich in der Lage ist, den für Verschiffung größerer Mengen nötigen Frachtraum zu stellen, so gewinnt es den Anschein, als wenn ihm bei der Versorgung Europas mit Salpeter nach Friedensschluß eine gewisse Monopolstellung eingeräumt wäre. In dieser Vermutung wird man übrigens dadurch bestärkt, daß nach schweizerischen Meldungen die deutschen Salpeterwerke in den Besitz der Verbänden übergegangen seien und dadurch zur Bezahlung eines großen Teiles unserer Lebensmittel beizüglich dienen sollen. Diese Meldung bedarf zunächst noch der Bestätigung, scheint aber in etwa der Wahrheit zu entsprechen, da schon vor einiger Zeit an anderen Stellen Meldungen von einem Verkauf der deutschen Salpeterwerke aufgetaucht, die allerdings nicht unbestritten blieben. Da nach den schweizerischen Meldungen der Verkauf der deutschen Salpeterwerke im Einvernehmen mit der deutschen Regierung erfolgt sein soll, so dürfte man erwarten, daß diese zu jener Behauptung Stellung nehmen wollte. Über Gewinnung und Verschiffung von Salpeter in den ersten Monaten dieses Jahres liegen nur unvollständige Angaben vor. Ob die Verhandlungen der Salpeterwerke mit der Entente bezüglich der Wiederaufnahme des Betriebes und der Verschiffungen in normalem Umfang günstigen Erfolg gehabt haben, war aus den Mitteilungen der letzten Zeit nicht zu ersehen.

Die Nachfrage nach Düngemitteln und brauchbaren Ersatzstoffen war an unseren Märkten mit Rücksicht auf die Jahreszeit anhaltend sehr rege, ohne daß ihr jedoch auch nur annähernd entsprochen werden konnte. Kohlenknappheit aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks hat die Herstellung erst recht ungünstig beeinflußt. Namentlich die Nachfrage nach schwefelsaurem Ammoniak kann trotz der immerhin ansehnlichen Vorräte nur zum kleinen Teil befriedigt werden. Die Verbraucher greifen manchmal zu recht eigenartigen Mitteln, um Ware zu erlangen. Den Kalkwerken fehlte es besonders an Kohlen. Die Preise für Stückkalk betragen je nach der Beschaffenheit 350 bis 430 M und für gemahlenen Kalk 400—425 M für 200 Zentner ab verschiedenen Stationen, während Kalkmergel aus Westfalen 135 bis 180 M für 200 Zentner ab Station kostete. Für gemahlenen kohlensauren Düngekalk wurden Preise von bis zu 250 M für 200 Zentner ab Süddeutschland verlangt. —p.**

Erhöhung der Benzolpreise. Der Benzolverband erhöhte mit Wirkung ab 26./4. den Preis für gereinigtes Benzol um 100 M, für Reinerzeugnisse um 120 M je 100 kg, das bedeutet eine Erhöhung um 10 und 20%.

Vom Petroleummarkt. (6./5. 1919.) Die Nachfrage nach Leuchtmitteln an unseren Märkten hat bisher nur wenig nachgelassen, da es an Petroleum noch mehr als früher mangelt. Die letzten Vorräte sind im Berichtsabschnitt verteilt worden. Der Verkauf wird wie im Vorjahr während der Sommermonate eingestellt, da die Aussichten auf Zufuhren aus dem Auslande zunächst gering sind. Ob der Beginn der Friedensverhandlungen die Marktlage von Ersatzmitteln zugunsten der Verbraucher beeinflußt, läßt sich im Augenblick kaum sagen. Aus dem größeren Angebot muß zwar geschlossen werden, daß die Verkäufer ihre Vorräte nun bald abstoßen wollen, während auf der anderen Seite die Zwischenhändler sich um so mehr abwartend verhalten, abgesehen davon, daß ja auch die Jahreszeit danach angetan ist, die Läger nicht zu vergrößern. Das Angebot auf Lieferung von Carbid war ziemlich lebhaft, wobei die Verkäufer jedoch zunächst nicht hervortreten wollten. Teils waren in den Angeboten Preise überhaupt nicht genannt, teils lauteten die Forderungen der Verkäufer auf etwa 125 M für 100 kg ab Lieferstation, teils indessen auch mehr oder weniger höher. Was Petroleum ersatz an geht, so klagen die Kleinverbraucher vielfach über dessen schlechte Beschaffenheit. Ein großer Teil der angebotenen Ware ist für Leuch Zwecke wohl nur schlecht oder überhaupt nicht brauchbar und nur für untergeordnete Zwecke zu verwenden. Billige Ware war schon zu 75—100 M für 100 kg angeboten, während bessere Sorten je nach Beschaffenheit 150—250 M für 100 kg kosteten. Vor Ankauf größerer Mengen ist jedenfalls genaue Prüfung der angebotenen Ware dringend erforderlich. Das Angebot auf Kerzen verschiedener Art war im allgemeinen etwas größer als früher, die Preise blieben jedoch unverändert. Solange die Rohstoffe die bekannten hohen Preise kosten, werden auch diese Leuchtmittel wohl nicht billiger abgegeben werden. Paraffin und Paraffinersatz waren in den verflossenen vier Wochen im allgemeinen nicht so dringend gefragt, in den Preisen aber im großen und ganzen unverändert. Weißes Paraffin in Tafeln in kleinen Mengen würde etwa 21 M das kg kosten. Zu diesem Preise konnte die angebotene Ware aber nicht untergebracht werden. Die Untergabte der Käuflustigen lagen für das kg 3—4 M niedriger. Ob und welche Mengen Schmiermittel uns der Verband liefern wird, darüber liegen genauere Angaben bisher nicht vor. Im großen und ganzen sind aber Schmiermittel bei uns gerade nicht sehr knapp, etwaige Käuflust kann schon befriedigt werden. Auch die Preise waren unverändert und zum Teil etwas billiger. Für Vaselin waren sehr verschiedene Preise genannt, und zwar 120—175 M und für Vaselinette je nach Beschaffenheit 300—350 M für 100 kg ab Station. Die Preise der Schmiermittel erscheinen im allgemeinen sehr hoch gegenüber den vorhandenen Vorräten, so daß Untergabte namentlich unter den veränderten politischen Verhältnissen wohl einige Aussicht auf Annahme geboten ist. Das Angebot auf Lieferung von Ersatzmitteln für Paraffin war wie früher ziemlich lebhaft. Die Preise bewegten sich im allgemeinen in den früheren Grenzen.

Die Marktlage in Nordamerika, welche uns mit Rücksicht auf die hoffentlich baldige Wiederaufnahme der Versorgung wohl am meisten interessiert, hat während der Berichtsperiode Veränderungen nicht erfahren. Daß die Notierungen für Erdöl im allgemeinen keine Ermäßigung erfahren haben, überrascht um so mehr, als die Gewinnung im verflossenen Jahre wiederum eine ansehnliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr erfahren hat. Im Jahre 1917 wurden insgesamt 328 Mill. Barrels, 1918 jedoch 341,7 Mill. Barrels gewonnen. Abgesehen von dieser ansehnlichen Steigerung der Gewinnung, ist in den Vereinigten Staaten ein Gesetz angenommen, das den Präsidenten ermächtigt, Ansprüche auf gewisse Erdölländerien geltend zu machen. Aus all diesen Maßnahmen geht hervor, daß Nordamerika bestrebt ist, die Erdölgewinnung tunlichst zu steigern, um dem nach endgültigen Friedensschluß zu erwartenden größeren Bedarf am Weltmarkt überhaupt genügen zu können. An der New Yorker Börse notierte raffiniertes Petroleum in Casks 20,25, Petroleum Standard white 17,25, Petroleum in Tanks 9,25 und pennsylvanisches Rohöl 4 Doll. Die Nachrichten über den Betrieb der

Naphthagruben im Kaukasus lauteten während des ersten Viertels dieses Jahres zum Teil etwas günstiger. Welchen Ausgang die vor einiger Zeit in Paris begonnenen Verhandlungen mit der Standard Oil Company wegen Übernahme der russischen Naphthagruben genommen haben, ist bisher zuverlässig nicht bekannt geworden.

In England war die Marktlage im großen und ganzen unverändert. In London betrug der Preis für gewöhnliches amerikanisches Petroleum 1 sh. 4 $\frac{1}{2}$ d. und für wasserhelles 1 sh. 5 $\frac{1}{4}$ d. für 1 Gallone. Früher zögerten die Käufer mit der Tätigung neuer Abschlüsse, inzwischen hat die Käuflust jedoch zugenommen, da die zu erwartende Nachfrage nach Erdöl und Erdölzeugnissen seitens Deutschland billigere Preise sowohl in Nordamerika als auch in England zunächst wohl ausgeschlossen erscheinen läßt. —m.**

Preiserhöhungen für Glaserzeugnisse. Der Verein der rheinisch-westfälischen Tafelglashütten hat den im Februar beschlossenen Teuerungszuschlag um weitere 15% erhöht. Ebenso hat die Konvention der Mattglashütten beschlossen, die Preise für Matt-, Musselflas und Bordüren um weitere 2 M für den Quadratmeter zu erhöhen. —on.

China als Papiermarkt. Der kanadische Handelsattaché in China macht in einem Schreiben an seine Regierung auf die Aussichten der kanadischen Papierauführhändler, sich in China einen guten Absatzmarkt zu schaffen, aufmerksam. Die Papiereinfuhr, die zum größten Teile über Hongkong geht, kam vor dem Kriege hauptsächlich aus Schweden und Norwegen. Aus Großbritannien kamen nur feinere Briefpapierqualitäten, Schreibpapier für Kontorgebrauch und Zeitungspapier für die lokalen, von Europäern redigierten Zeitungen. Während des Krieges übernahm jedoch Japan, dessen Fabriken hauptsächlich mit norwegischen und kanadischen Rohstoffen arbeiten, die Lieferung all dieser Papierarten. Da die Qualität dieser Papierarten schlechter war als die der skandinavischen und englischen, haben die Käufer mehr als einmal ihre Unzufriedenheit über die Lieferungen geäußert. Die Papierauffuhr nach China müßte daher besonderes Gewicht auf ein Schreibpapier zweiter Güte legen, das besonders für die chinesische Schreibweise paßt und den besseren Zeitungspapierarten ähnelt. Dann komme noch ein Papier in Betracht, das in China in größerer Ausdehnung zu dekorativen Zwecken verwandt wird. Die schnelle Entwicklung der Zeitungspresse in Süchana mache auch die Einfuhr von Zeitungspapier besonders wünschenswert. Bei den Zahlungsbedingungen muß Rücksicht auf die Vorliebe des chinesischen Kaufmanns für Rabatt und seinen Widerspruch gegen feste Preise genommen werden. (Svensk Handels-tidning vom 25./4. 1919.) —dn.

Nach dem „Temps“ ist die **Lage in der schwedischen Papiermassefabrikation** überaus kritisch. Die Aufträge gehen unregelmäßig ein und stehen in gar keinem Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit, die Zehntausende von Tonnen beträgt. Eine Periode der Arbeitslosigkeit sei zu erwarten. —on.

Die Lage in der Zellstoffindustrie. Um die Lage der Zellstoffindustrie feststellen zu können, hat der Verein Deutscher Zellstoff-Fabrikanten an 62 zum Verein gehörige Fabriken Fragebögen gesandt, die bisher von 42 Fabriken beantwortet sind. Von diesen konnte nur scheinbar eine einzige die Arbeit in alter Weise fortführen; von den übrigen 41 stehen 16 seit kurzer oder langer Zeit gänzlich still. Der Rest arbeitet in beschränktem Maße weiter, ist aber auch hin und wieder gezwungen, für Tage den Betrieb einzustellen. Der Hauptgrund für die augenblicklich schlechte Lage der Zellstoffindustrie liegt an dem außergewöhnlich knappen Eingang von Kohlen. Auch der Abtransport verschiedener anderer Rohstoffe ließ zu wünschen übrig; es fehlt an Schwefelkies, Stroh für Strohzellstoff und Soda. Über Schwierigkeiten mit der Arbeitsschaft oder Mangel an Arbeitern wird nicht geklagt. An Aufträgen mangelt es nicht, ebenso wenig an Erzeugungs- und Absatzmöglichkeit, wenn Kohle geliefert und der Zellstoff ohne Schwierigkeiten abtransportiert werden kann. Für die Kieserzeugung wäre eine Verstärkung der Arbeitskräfte in Meggen sehr wünschenswert, um den zusammengeschmolzenen Vorrat wieder aufzufüllen. Die monatliche Förderung beträgt augenblicklich rund 30 000 t gegen 80 000 t in der Kriegszeit. Die Papierindustrie ist besonders geeignet, die Ausfuhr wieder aufzunehmen und so zur Verbesserung unserer Valuta beizutragen. Sobald Ruhe und Ordnung wieder eingetreten sind, kann die Erzeugungsleistung der Zellstoffindustrie und damit die der Papierindustrie und der für die Ausfuhr so überaus wichtigen Papierverarbeitungsindustrie schnell gehoben werden. —ar.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

In einem soeben ausgegebenen Bericht des englischen Sprengstoff-trusts — Explosive Trades Ltd. — heißt es daß die Aktionäre der Einzelgesellschaften den Verschmelzungsplan so gut wie einstimmig gutgeheißen haben. Das ausgegebene Kapital wird nach dem Umtausch 15 250 000 Pfund betragen. Die Zulassung der Aktien zum

Handel an den Börsen in London, Glasgow und Birmingham ist erbeten worden. (Fin. News, 4./4. 1919.) *Ec.*

Das Cotton Control Board wird nach einer Mitteilung des „Board of Trade Journal“ als Ausschuß für den Wiederaufbau der Baumwollindustrie (Reconstruction Committee) zur Beratung der Regierung in Fragen der Baumwollindustrie weiter fortbestehen. (Nachrichten 95, 19.) *on.*

Die Schweizerische Kohlengenossenschaft, Basel, bezweckt, im Interesse der Brennstoffversorgung des Landes im Ausland Kohlen und andere Brennstoffe einzukaufen, in die Schweiz einzuführen und nach Maßgabe der bestehenden Bundesvorschriften an Händler und Verbraucher abzugeben. Die Genossenschaft kann ihre Tätigkeit auch auf inländische Brennstoffe ausdehnen; sie soll aufgelöst werden, sobald die Notwendigkeit für ihr Bestehen nicht mehr vorhanden ist. Die Mitgliedschaft ist auf Firmen und Verbände schweizerischer Nationalität beschränkt. Das Genossenschaftskapital wurde vorläufig auf 10 Mill. Fr. festgesetzt. (N. Z. Z. vom 16./4.) *dn.*

Der Volkskommissar für soziale Produktion in Ungarn errichtet ein Zentralamt für Zuckerfabriken, dessen Aufgabe es ist, die Sozialisierung der Zuckerfabriken in Ungarn durchzuführen (vgl. S. 149) und die soziale Erzeugung der Zuckerindustrie zu leiten. (Prag. Tagbl. vom 25./4.) *on.*

In einer Versammlung der Genossenschaft für Hopfen und Produktenhandel in Saaz wurde gegen das kürzlich errichtete Syndikat für Hopfen in Prag sehr scharf Stellung genommen und nach erregter Aussprache folgende Entschließung gefaßt: Die Versammlung spricht die lebhafteste Befürchtung bezüglich der jüngst erlassenen Ausfuhrbedingungen und für den Verkauf festgesetzten Mindestpreise aus. Diese seien derartig gehalten, daß sie als eine Erdrosselung des allgemeinen Handels betrachtet werden müssen. Wenn die Regierung das Bedürfnis hätte, den Hopfenhandel in ein Syndikat zu pressen, dann hätte sie in erster Linie die maßgebenden Stellen anhören und im Wege einer auf der breitesten Grundlage ruhenden Umfrage die Anschauungen aller am Hopfen interessierten Kreise kennen lernen müssen, nicht aber Maßnahmen treffen, die nichts anderes bezeichnen, als den gesamten Hopfenhandel allmählich in die Hände einer großkapitalistischen Banken- und Händlergruppe zu spielen. — Die Versammlung ermächtigt daher den Vorstand, gemeinsam mit der bedrohten Produktion und mit Hinzuziehung aller interessierten Gruppen, Mittel und Wege aufzudrängen zu machen, um den heimischen Hopfenhandel durch Auflösung oder doch wenigstens durch eine völlige Umgestaltung des Syndikats von drückenden und schädigenden Bestimmungen zu befreien. Es müsse mit allen Kräften darauf hingewirkt werden, daß die großen Mengen im Inlande lagernder Hopfen, die Millionen repräsentieren, noch vor der neuen Ernte auf dem Weltmarkt untergebracht werden. (Prag. Tagbl. vom 15./4.) *on.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Wie der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband uns mitteilt, ist derselbe auf Grund besonderer Informationen in der Lage, den an der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten interessierten Kaufleuten und Industriellen wertvolle Mitteilungen über die geeigneten Richtlinien zu machen. Näheres erfahren beteiligte Firmen durch die Geschäftsstelle des Verbandes, Berlin NW 7, Neue Wilhelmstr. 12/14. *on.*

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Canada. Das schwedische Generalkonsulat in Montreal berichtet, daß große Steinsalzlager in Neuschottland in der Nähe von Malagash Cumberland Co. entdeckt worden sind. Der einzige Salz produzierende Distrikt in Canada war bisher das westliche Ontario. Die Küstenprovinzen verbrauchen für die Fischerei aber jährlich 50 000 t Salz. Da nun die Frachtsätze aus dem westlichen Canada prohibitiv wirken, hat Salz aus Großbritannien, Spanien oder Westindien beschafft werden müssen. Es wird daher von großem Nutzen für die Fischerei sein, wenn in Neuschottland ein Salzwerk errichtet wird. (Norges Utensirkhandel vom 1./4.) *ar.*

Chile. Die schon vor Kriegsausbruch durch die Sociedad Altos Hornos de Corral aufgenommenen Versuche zur Herstellung von Stahl lieferten ganz befriedigende Ergebnisse. Die Erweiterung der Anlagen zu einem industriellen Großbetriebe scheiterten aber an mangelndem Zufluß neuer Kapitalien, und der Ausbruch des Weltkrieges machte die Aufnahme einer Anleihe im Auslande unmöglich. Daher wurden die Versuche gänzlich eingestellt. Jetzt taucht aber, wie der Mercurio vom 2./2. 19 berichtet, ein neuer Plan des Ministers für Industrie und öffentliche Bauten auf, um die Gesellschaft zur Wiederaufnahme der Versuche zu bewegen. Es handelt sich um nichts anderes, als um eine staatliche Anleihe in Höhe von 10 Mill. Doll. zur Anschaffung nordamerikanischer Maschinen und Anlagen; die Stahlerzeugung soll der Kontrolle des Staates unterworfen werden. Die Gewährung der Anleihe hängt von dem Ausfall neuer Versuche ab, die unter Aufsicht eines vom Staate zu bestellenden ausländischen Fachmannes erfolgen. Als Sicherheit

für die Anleihe dienen die Anlagen der Gesellschaft, deren Wert auf 15 Mill. Doll. geschätzt wird. (U.-D.) *on.*

Britisch Indien. Die Indian Iron & Steel Company Ltd. in Kalkutta hat beschlossen, in Asansol, im Kohlensfeld von Bengalen, zwei 350-t-Hochöfen, eine Kokerei mit einer täglichen Leistungsfähigkeit von 1000 t und eine Anlage zur Herstellung von Schwefelsäure zu errichten. Die Einrichtungen der beiden letztgenannten Anlagen werden aus England bezogen, während die der Hochöfen einer Firma in Cleveland (Vereinigte Staaten) übertragen werden sind. Der Leiter der neuen Unternehmen wird der frühere Generaldirektor der Bengal Iron & Steel Company und jetzige Teilhaber der Firma Burn & Company, G. H. Fairhurst, sein. („Iron and Coal Trades Review“ vom 4./4.) *ll.*

Portugiesisch Ostafrika. In und bei der Stadt Inchope, etwa 130 km von dem Hafen Beira entfernt, sollen Zinnlager gefunden worden sein, die genügend reich sind, um eine industrielle Ausbeutung zu gestatten. Ein Lager befindet sich nördlich der Bahnstrecke Beira—Inchope und hat eine Ausdehnung von etwa 100 qkm. Ein weiteres Lager, dessen Lage noch nicht genauer festgestellt ist, ist westlich von Inchope entdeckt worden. („Exportateur Français“ vom 3./4. 19.) *ll.*

England. Verstaatlichung des englischen Kohlenbergbaues. Nach einer Meldung der „Times“ vom 23./4. wird der Ausschuß für die Kohlenbergbauindustrie seine Sitzungen wieder aufnehmen, um sich mit der Frage der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues zu beschäftigen. *ar.*

Neugründungen. D. R. David & Son, Ltd., Port Talbot, Kapital 60 000 Pfd. Sterl., um Weißblech herzustellen. — A. Ballantine & Sons, Ltd., Boness, 50 000 Pfd. Sterl., Eisen- und Stahlwerk. — Eskyn Colliery Company (1919), Ltd. (Kohlenbergbaugesellschaft) mit einem Kapital von 40 000 Pfd. Sterl. in Gloucester Place, Swansea. *on.*

Frankreich. In der Nähe des Bahnhofs von Les Houches (Chamonix, Hoch-Savoyen) sollen bedeutende Lager von Bariumsulfat (Schwerspat) festgestellt worden sein, und es soll sich bereits eine Interessengruppe zur Ausbeutung derselben gebildet haben. (Journal Français vom 9./4.) *dn.*

Kapitalherabsetzung in der Platinindustrie. Nach „Telegraaf“ vom 24./4. trägt sich die „Compagnie industrielle du Platine“ mit dem Plane, ihr Kapital von 20 auf 10 Mill. Fr. herabzusetzen. (Nachrichten 95, 19.) *on.*

Rußland. Wie die „St. Petersburger Nachrichten“ vom 30./3. berichten, sind im Kreise Nowousensk des Gouvernements Samara Naphthaquellen entdeckt worden, die gegenwärtig einer genauen Untersuchung unterworfen werden. Bei den Bohrungen ist man außerdem auf Ströme von Leuchtgas gestoßen. Der Entdeckung dieser Quellen wird eine große Bedeutung für das wirtschaftliche Leben Rußlands beigemessen. (Nachrichten 91, 19.) *ll.*

Schweden. Die Arbeiter der Grängsberg- und Björnberggruben beschlossen, die Einführung des Sechsstundentages für die Untertagsarbeiter zu erzwingen, falls der Reichstag den Ansprüchen der Arbeiter nicht entgegenkomme. (Svenska Dagbladet vom 22./4.) *ll.*

Norwegen. Stilllegung von Apatitgruben. Die Apatitgruben bei Bamble haben infolge der schlechten Absatzverhältnisse nach dem Ausland den Betrieb stillgelegt. („Norges Handels- og Sjöfartstidende“ vom 14./4.) *ll.*

Chemische Industrie.

England. In der Generalversammlung der englischen Gesellschaft Sapon Soaps Ltd. sprach sich kürzlich der Vorsitzende in sehr optimistischer Weise über die Fortschritte aus, die die Gesellschaft in der Beschränkung der zur Seifenherstellung erforderlichen Fettmengen erzielt habe; nach 16 Jahren der Forschung sei man so weit gekommen, daß man die Grundlagen für eine ganz neue Art der Seifenherstellung gelegt habe, wobei nicht nur viel billigere Rohstoffe benutzt, sondern auch wirksamere Seife hergestellt würde. Beachtenswerterweise heißt es, daß Deutschland schon vor dem Kriege die englischen Patente zu erwerben versuchte, ja sogar einen Chemiker zur Prüfung des Verfahrens nach England gesandt hatte. (Economist, 19./3. 19.) *Ec.*

Schweiz. Dividende. Die Chemische Fabrik vorm. Sandoz in Basel schüttet eine Dividende von 30% aus und beabsichtigt, ihr Aktienkapital von 4 auf 5 Mill. Fr. zu erhöhen. (N. Z. Z.) *on.*

Rußland. Laut „Ekonomitscheskaja Shysn“ hat der Volkswirtschaftsrat des nördlichen Gebiets sich an den Hohen Volkswirtschaftsrat mit der Bitte gewandt, die Verstaatlichung der Tentelewskischen Fabrik in Petersburg, einer der größten russischen chemischen Fabriken, vorzunehmen, die laut Erlass vom 28./6. 1918 von Rechts wegen dem Staate gehört. (Golos Rossii vom 28./4.) *dn.*

Industrie der Steine und Erden.

Dänemark. Kaolinfunde auf Bornholm. Östlich Rønne, Insel Bornholm, sind neue, angeblich beträchtliche Kaolinlager aufgefunden worden. (National Tidende vom 19./4.) *ar.*

Verschiedene Industriezweige.

Norwegen. Kapitalerhöhungen. Akt.-Ges. Hafslund Sulfitfabrik, Sarpsborg, hat ihr Aktienkapital von 750 000 Kr. verdoppelt. — Die Akt.-Ges. Skalands Graftverk, Bergen, von 1½ auf 2 Mill. Kr. (Verdens Gang vom 13./4.)

Rußland. Die Baumwollindustrie im Moskauer Bezirk. Am Schluß des Jahres 1918 gab es im Moskauer Bezirk 550 Baumwollspinnereien, von denen nur 447 im Betrieb waren. Die Zahl der Arbeiter belief sich auf 413 822 Personen. 326 826 Arbeiter oder 80% der Gesamtzahl gehörten Gewerkschaften an. Die Anzahl der Arbeitslosen erreichte die Höhe von 42 259 oder 10% der gesamten Arbeiterzahl. — In einem in der Zeitung „Prawda“ veröffentlichten Briefe wird über die große Unordnung geklagt, die im „Zentrotexil“ herrscht. (Golos Rossii vom 18./4., „Ekonomitscheskaja Shysn.“) dn.

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Aus der Kaliindustrie.

Gewerkschaft Glückauf in Sondershausen. Der Betrieb war im ersten Vierteljahr 1919 sehr unregelmäßig und wegen zum Teil gänzlich stockender Kohlenzufuhr von äußerst geringem Umfang. Während des Generalstreiks im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau mußten die Betriebe auf die Dauer von 16 Tagen gänzlich ruhen. Es wurden abgesetzt: 20 528 dz. K₂O gegen 67 518 dz. K₂O im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Lohnerhöhungen standen mit der Kalipreiserhöhung nicht im Einklang. Der Betrieb ergab einen Verlust von 989 909 M (503 632 M Gewinn). Im letzten Drittel des Aprils hat eine verstärkte Kohlen- und Wagenzufuhr eingesetzt.

on.

Bergbau-A.-G. Justus in Volprechhausen (Hannover). Nach Abschreibungen von 286 363 (286 875) M, einschließlich Vortrag aus 1917 von 76 380 (583 119) M, Reingewinn 67 391 (76 380) M, der wieder vorgetragen werden soll. Die Beteiligung des Werkes ging während des Jahres von 5,712 auf 5,6476 Tausendstel zurück. Der Absatz beschränkte sich auf Lieferung von Rohsalz, worin einschließlich der Beteiligung des Tochterwerkes Hildasglück 52 273 dz. gegen 44 850 dz. K₂O im Vorjahr abgesetzt wurden.

dn.

Bergbau und Hüttenwesen; Metalle.

Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. Für 1918 beantragt die Verwaltung der auf den 3./6. einzuberufenden Hauptversammlung nur 6% Dividende vorzuschlagen gegen 10, 11, 6, 8, 12 und 12% in den Jahren 1912 bis 1917. Man muß, abgesehen vom ersten Kriegsjahr 1914, bis auf die Jahre 1892 und 1893 zurückgehen, um einen gleich niedrigen Dividendensatz bei der Gesellschaft festzustellen. Der Rohgewinn ist von 53 573 501 M auf 35 423 746 M zurückgegangen. Zu Abschreibungen sollen 22 165 990 (22 425 705) M für den Beamten- und Arbeitunterstützungsbau 500 000 (1 500 000) M verwandt und der Vortrag auf 1 279 861 (3 196 216) M vermindert werden.

ar.

Gewerkschaft des Steinkohlen-Bergwerks „Graf Schwerin“. Aus dem Gewinn für 1918 von 1 095 824 (1 071 771) M sind 300 000 (600 000) M zur Verteilung von Ausbeute und (773 754) M zu Abschreibungen verwendet worden. Nach dem Bericht des Grubenvorstandes brachte die Förderung in 392 (297½) Arbeitstagen 511 990,59t oder gegen das Vorjahr mehr 35 114,09 t, welche Mengen einschließlich der vorhandenen Bestände von 5665,10 t mit 137 637,65 t zur Eisenbahn und im Landebeit, mit 347 615,25 t zur Kokerei, mit 31 707,69 t zum Selbstverbrauch abgesetzt wurden, während die übrigen 695 t gestürzt werden mußten. Die Koksherstellung übertraf die des Vorjahrs um 53 620,63 t und belief sich auf 271 139,92 t, sie gelangte zuzüglich des übernommenen Lagers von 21 053 t mit insgesamt 290 464,72 t zum Absatz. Auch hier waren infolge der gestörten Wagenzufuhr 1728,20 t als neues Lager verblieben. Die erwähnte Koksherstellung hatte eine entsprechend höhere Gewinnung an Nebenprodukten zur Folge, die mit nachstehenden Mengen und Sorten abgeliefert wurden: 5477,13 t Teer, 219,04 t schwefelsaures Ammoniaksalz, 3533,10 t verdichtetes Ammoniakwasser, 1690,58 t Benzole, 97,24 t Naphthalin. In Leuchtgas konnten 1 148 674 cbm oder gegen das Vorjahr 49 390 cbm mehr abgegeben werden. Die Neuanlagen auf der Zeche Glückaufsegen sind beendet und haben bisher zufriedenstellend gearbeitet; eine gewinnbringende Ausnutzung derselben war infolge der bekannten Verhältnisse aber nicht möglich.

ll.

Gewerkschaft des Brückdorf-Nietlebener Bergbau-Vereins, Halle a. d. Saale. Nach Abschreibungen von 439 636 (411 499) M Reingewinn 315 654 (1 553 571) M. Es wurde beschlossen, eine Ausbeute von 50 M je Kux auszuschütten.

on.

Die Gewerkschaft Alte Haase in Sprockhövel förderte im Geschäftsjahr 1918 103 490 t Kohlen und stellte 43 449 t Briketts her. Betriebsüberschuß 206 625 M wovon 92 880 M zu Abschreibungen, 110 000 M für Ausbeute und 3745 M als Übertrag auf Kapitalrechnung

verwandt worden sind. — In der in Bochum abgehaltenen Gewerkenversammlung wurde mitgeteilt, daß sich im ersten Vierteljahr 1919 ein Verlust von 92 208 M ergeben habe.

ll.

Chemische Industrie.

Actien-Gesellschaft für Kohlensäure-Industrie in Berlin. Nach Abschreibungen auf Außenstände 14 976 (1471) M, auf Effekten 108 502 (663) M und die auf Anlagen 162 764 (162 756) M, bleibt ein Reingewinn von 288 856 (289 973) M, Neuvortrag 40 283 (39 989) M, 15% Dividende.

ar.

Verschiedene Industriezweige.

Königsberger Zellstofffabrik Aktiengesellschaft. Nach Abschreibungen von 545 052 (614 993) M, ausschließlich 431 485 (406 528) M Vortrag, Reingewinn 1 676 478 (2 533 485) M.

dn.

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen.

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der chemischen Industrie (vgl. a. S. 108). Auf Grund und in Ausführung der am 15./11. 1918 zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften der Arbeitnehmer abgeschlossenen Vereinbarung wurde am 28./4. 1919 die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für den Bereich der chemischen Industrie Deutschlands endgültig begründet. In stattlicher Anzahl waren die Vertreter der Arbeitgeberverbände und -vereinigungen, die sich die Förderung wirtschaftlicher Interessen und sozialer Fragen innerhalb dieser Industrie zur Aufgabe gestellt haben, sowie die Vertreter der einzelnen Industriezweige der Einladung des provisorischen Vorstandes nach dem Hofmann-Hause gefolgt, wenn es auch infolge der Ungunst der Zeitverhältnisse und bei den mangelhaften Bahnverbindungen nicht möglich geworden war, die gesamte chemische Industrie auf dieser Gründungsversammlung zu vereinigen. Die Arbeitnehmer waren durch Delegierte des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sitz Hannover, des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter in Aschaffenburg und des Gewerkevereins der deutschen Fabrik- und Handarbeiter in Berlin vertreten. Als Vertreter der Regierung war Dr. Schawarz vom Reichswirtschaftsministerium erschienen. Namens des provisorischen Vorstandes begrüßte Kommerzienrat Dr. Frank-Mannheim die Versammlung; Dr. Schawarz entbot ihr den Gruß der Regierung, gedachte mit Worten der Anerkennung der Tätigkeit des bisherigen Fachausschusses im Demobilmachungsamt und im Reichswirtschaftsministerium und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, ein Gebilde zu schaffen, das der chemischen Industrie Deutschlands ihre frühere Weltmachtstellung wenigstens zum Teil wiederzugeben helfen werde. Den einleitenden orientierenden Vortrag hielt hierauf Herr Cohen von der allgemeinen Arbeitsgemeinschaft, der in einstündiger Ausführung Inhalt und Tragweite der Novembervereinbarung darlegte und einen Überblick über die Ergebnisse der auf dieser Basis in dem inzwischen verflossenen, fast halbjährigen Zeitraum geleisteten praktischen Arbeit gab. Die Erkenntnis, daß nach dem Zusammenbruch der Kriegswirtschaft eine Wiederaufrichtung und Neubebigung der deutschen Industrie nur durch intensivstes Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitern zu ermöglichen sei, habe die seit Menschenaltern zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorhandenen Gegensätze beseitigt, der Gedanke der Parität habe auf der ganzen Linie gesiegt, die Gewerkschaften seien als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt, die Koalitionsfreiheit gewährleistet; die paritätische Regelung und Verwaltung der Arbeitsnachweise statuiert, der Abschluß von Kollektivverträgen über die Arbeitsbedingungen obligatorisch gemacht, der Achtstundentag eingeführt worden. Der Aufbau der Arbeitsgemeinschaft selbst habe in diesen fast sechs Monaten auf der Arbeitgeberseite erfreuliche Fortschritte gemacht; in Jena sei es gelungen, den Reichsverband der deutschen Industrie (s. S. 107) zu konstituieren, freilich erst nach Überwindung gewaltiger Schwierigkeiten, die in der derzeitigen zwiespältigen, nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten geteilten Organisation der Arbeitgeberchaft beruhen. Heute gelte es, auch für die so wichtige Gruppe der chemischen Industrie mit der Begründung der Arbeitsgemeinschaft endlich zum Abschluß zu kommen, um diese Gruppe alsbald der großen Arbeitsgemeinschaft als arbeitsfähiges Glied zuzuführen. Die Versammlung zollte dem Vortragenden reichen Beifall und stimmte darauf prinzipiell der Errichtung der Industriegruppe Chemie der Arbeitsgemeinschaft einmütig zu. Nach ausgedehnter Erörterung gab sie dann auch dem von der Statutenberatungskommission vorgelegten Satzungsentwurf ihre Zustimmung. Die Schlichtung der hinsichtlich der Bildung der Fachgruppen (für die wirtschaftlichen Fragen) und der örtlichen Bezirksgruppen (für die sozialen Fragen) noch verbliebenen Differenzen überwies man dem Ausschuß, der sofort nach der Annahme des Statutenentwurfs gewählt wurde. Aus der Mitte des Ausschusses

wurden als Mitglieder des paritätisch zu besetzenden Vorstandes der Arbeitgemeinschaft der chemischen Industrie von seiten der Arbeitgeber gewählt die Herren Kommerzienrat Dr. Frank, Geheimer Regierungsrat Dr. Oppenheim und Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Duisborg, als Stellvertreter die Herren Generaldirektor Dr. Antwick, Dr. Bueb und Direktor Landé. Als Vertreter der Arbeitnehmer werden dem Vorstand angehören die Herren Bruns und Binnz.

Die englische Arbeiterfrage im Kohlenbergbau. Die Federation of British Industries hat nach einer Mitteilung der „Iron and Coal Trades Review“ vom 11./4. beschlossen, einen besonderen Ausschuß einzusetzen, der die Berichte des staatlichen Ausschusses zur Prüfung der Arbeiterfrage im Kohlenbergbau und der Landesindustriekonferenz zu prüfen hat, ferner die verschiedenen Lösungen der Frage der Verstaatlichung des Kohlenbergbaus. (Nachrichten 93, 1919.)

Der Anteil der Bergarbeiter an den Erträgen aus dem Bergbau. Man schreibt der B. B. Z. aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier: Die im Zeichen des Sozialismus und der Sozialisierung mit verstärkter Wucht gegen „Kapitalismus“ und Privatwirtschaft gerichteten Angriffe lassen — man möchte bald sagen grundsätzlich — jede objektive Würdigung der Tatsache vermissen, daß es unter der bisherigen Wirtschaftsform der Arbeiterschaft recht gut gegangen ist. Vielfach ist sogar der Anteil der Arbeiter am Ertrage der Unternehmen im Laufe der Zeit viel stärker gestiegen als derjenige der Werksbesitzer. Besonders deutlich ist diese Entwicklung zu beobachten am rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau. Bei einem Vergleich zwischen dem letzten syndikatsfreien Jahr 1892 und dem Jahre 1912 ergibt sich nämlich folgendes Bild:

1892	7,37 M	3,28 M	3,66 M	0,91 M
1912	10,96 „	5,03 „	5,69 „	1,17 „

In den letzten 20 Jahren vor dem Kriege stieg also der Kohlenpreis je Tonne um 3,59 M. Dieser Mehrerlös ist aber nicht den Zechenbesitzern zugute gekommen, sondern — nach Abzug der Aufwendungen für die erhöhten Betriebskosten — fast ausschließlich den Arbeitern, denn auf die Tonne verteilt entfallen von dem Mehrpreise auf

Lohn der Arbeiter	2,03 M
Unternehmergeinn	0,26 „
Betriebsausgaben	1,30 „

Gegen eine solche Gewinnverteilung kann auch der schärfste Kritiker nichts einzuwenden haben, zumal in derselben Zeit die Leistung der Belegschaft einen Rückgang von (0,895 t je Schicht auf 0,883 t) aufzuweisen hatte. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, wenn bei Angriffen auf den so viel geshmähten Bergbau in Zukunft etwas sachlicher und objektiver verfahren würde. on.

Gewerbliche Fragen.

Gewerblicher Rechtsschutz.

Glycerin aus Zucker. Ein Patent für eine Art der Herstellung von Glycerol (reinem Glycerin) ist im Namen von J. A. Eoff genommen und als amerikanisches Patent Nr. 1 288 398 veröffentlicht worden. Es handelt sich um ein Verfahren, bei dem eine Zuckerlösung in einem alkalischen Stadium zur Gärung gebracht wird. Die Meldung erscheint ernster Natur als die bisherigen bekannten Verfahren Glycerinersatz aus Zucker zu gewinnen. (Economist, 29./3. 19.) Ec.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Einen Lehrauftrag erhielten: Dr. A. von Antropoff, früher Dozent für physikalische Chemie am Polytechnikum in Riga, zuletzt Leiter des Radiologischen und Chem. Laboratoriums an der Zentralkammer für Maße und Gewichte in Petersburg, an der Technischen Hochschule in Karlsruhe für Radioaktivität; Dr. A. S. Russell für physikalische Chemie an der Universität Sheffield.

Es wurden ernannt: zu ordentlichen Professoren: Prof. Dr. H. Pauek für techn. Elektrochemie an der Techn. Hochschule in Wien; Dr. P. Rabe, Direktor des chem. Staatslaboratoriums an der Hamburger Universität; zu a. o. Professoren: Dr. Iaidor Klimont, Privatdozent für organische Chemie, und Dr. Karl Oettinger für techn. Warenkunde und Mikroskopie an der Techn. Hochschule in Wien; Professor der Forstwissenschaft Schilling aus Eberswalde zum Direktor der Forstakademie in Hann. Münden.

Personennachrichten aus Handel und Industrie.

Es wurden ernannt: Ing. chem. Victor Beer, Patentanwalt und Zivilingenieur für techn. Chemie, zum ständigen Mitglied der Prüfungskommission für die Erlangung der Befugnis von Zivilingenieuren für techn. Chemie; Theodor Grethe und Friedrich Schmidt von der Hamburger Handelskammer zu beeidigten Handelschemikern; zu Vorstandsmitgliedern: Generaldirektor Dr. Hugo Geldermann, Berlin, bei der Oberschlesischen Sprengstoff-A.-G., Berlin; Franz Hannes und Dr. Max Hartenstein bei der chem. Industrie A.-G., Bochum; Generaldirektor Arthur Thiele, Bismarckhütte, bei der Bismarckhütte, Abteilung Marienhütte, Eiserfeld.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Otto Enders bei der Firma Küppers Metallwerke G. m. b. H., Bonn; Carl Frisch, Soden i. T., bei der Fa. chem.-techn. Fabrik Saxonia G. m. b. H., Frankfurt a. M.; Erich Geyer, Eisenberg, bei der Porzellanfabrik Kalk G. m. b. H. in Eisenberg, S.-A., Chem. Paul Ruben, Charlottenburg, bei der Fa. „Habeko“ chem. Fabrik G. m. b. H., Berlin; C. M. Schäfer, C. Ulrich und H. Weiss bei der Firma Alima G. m. b. H., Fabrik chem.-techn. Präparate, Frankfurt a. M.

Prokura wurde erteilt: Chemiker Foddy Nagel bei der Fa. chem.-techn. Fabrik Saxonia G. m. b. H., Frankfurt a. M.; Dr. Ludwig Stückert, Granienburg, bei der Chemisch-Metallurgischen Industrie G. m. b. H.; R. Berger, Berlin-Wilmersdorf, Rechtsanwalt S. Croner, Zehlendorf-Mitte, L. David, Charlottenburg, O. Frankenstein, Berlin-Wilmersdorf, A. Glessmann, Berlin, Ch. Görlich, Berlin, R. Jaegers, Charlottenburg, Chem. Dr. F. E. Pfeffermann, Berlin, J. Rehr, Berlin-Wilmersdorf, und C. Urbahn, Charlottenburg, bei der Firma Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette G. m. b. H.

Gestorben sind: Direktor Albert Büttner, Leiter der Gewerkschaft „Elsa“ Portland-Cement- und Kalkwerk (Neubekum). — Robert Fischer, Aufsichtsratsmitglied der Zuckerfabrik Sobbyowitz. — Carl Laval, Direktor der Fa. Schäffer & Budenberg G. m. b. H., Magdeburg-B., am 27./4. im 71. Lebensjahr. — Thomas Longmore, Direktor der Gruben Killingdal, Norwegen, in Trondhjem, 64 Jahre alt. — Chemiker Paul Schönenfeld, Chef der Künstlerfarbenfabrik Dr. Schönenfeld & Co., Düsseldorf.

Verein deutscher Chemiker.

Sitzung des Vorstandsrats

am 10. Mai 1919, vormittags 9 Uhr im Hohenzollernhof in Halle a. S.

Vorsitzender: Dr. Th. Diehl.

Die Vorstandssitzung, die infolge von Verkehrsschwierigkeiten vom 27. April auf den 10. Mai verlegt werden mußte, ist in durchaus befriedigender Weise verlaufen. Trotz aller Verkehrshänoten waren 31 Mitglieder des Vorstandsrates zur Stelle; nicht vertreten waren die Bezirksvereine Aschen, Bremen, Hamburg, Niederrhein, Oberschlesien, Schweiz und Württemberg.

Vom Vorstande fehlte nur Dr. Bösch, der zur Zeit in Versailles weilt. Von den Fachgruppen war die organische nicht vertreten, so daß die Ergebnisse der Beratungen als Meinungsauslösung der überwiegenden Mehrheit der Vereinsmitglieder gelten können.

Zu Beginn der Sitzung hatte der Vorsitzende Dr. Diehl die traurige Pflicht, dem vor wenigen Tagen verstorbenen langjährigen Vorstandsmitgliede Geh. Rat Professor Dr. M. Delbrück Worte der Ehrung und des Dankes zu widmen.

Die Tagesordnung diente der Aufgabe, den Verfassungsaufbau des Vereins mit den durch die Zeitverhältnisse gebotenen Anforderungen in Einklang zu bringen. Wenngleich der Verein schon seit Jahren die Mitwirkung am sozialen Ausgleich zwischen Arbeit-

gebern und Arbeitnehmern erstrebte, hat sich nunmehr das Bedürfnis geltend gemacht, vorbehaltlos die Folgerungen aus der durch die Revolution eingeleiteten sozialen und demokratischen Bewegung zu ziehen.

In erster Linie ergab sich die Notwendigkeit einer Zusammensetzung der Vereinsorgane nach sozialen Gruppen. In Betracht kommen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und sogenannte neutrale Chemiker (Hochschulprofessoren u. a.).

Ursprünglich war angeregt worden, innerhalb des Vereins selbst unter den Mitgliedern drei gesonderte Gruppen zu bilden. Eine weitere Verfolgung dieses Gedankens, die nicht unerhebliche Schwierigkeiten geboten hätte, erübrigte sich dadurch, daß die Kreise der akademischen angestellten Chemiker außerhalb des Vereins die Schaffung eines eigenen Bundes ins Auge faßten. Die Gründung dieses Angestelltenbundes sollte auf einer gleichzeitig in Halle tagenden Versammlung erfolgen. Außerdem besteht bekanntlich seit April d. Js. ein Verband chemischer Arbeitgeber.

Die erste auf der Vorstandsratssitzung zu behandelnde Frage betrifft das Verhältnis zu beiden Standesorganisationen, namentlich zu dem Angestelltenbund. Der Vorsitzende drückte im Namen des Vorstandes dessen Befriedigung über die Bildung dieses Bundes aus, sowie die Hoffnung, daß sich ein verständnisvolles und ersprießliches Zusammenarbeiten ermöglichen lassen werde.

Der Verein, der alle in der Chemie tätigen Kräfte ohne soziale Scheidung zusammenfaßt, bildet das natürliche Bindeglied zwischen den beiden großen Gruppen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dadurch, daß die soziale Scheidung aus dem Verein herausverlegt wird, gewinnt der Verein an Stärke für die Bearbeitung und Beratung der gemeinsamen Angelegenheiten aller deutschen Chemiker und die Fähigkeit, eine neutrale Stelle für den Ausgleich sozialer Gegensätze zu bilden.

Wie Professor Stoeck mitteilte, hat er bereits persönlich mit den an der Spätzeit der Angestelltenbewegung stehenden Herren Fühlung genommen und Geneigtheit für ein friedliches Zusammenarbeiten, namentlich im Sinne einer Teilung der beiderseitigen Arbeitsgebiete gefunden. Der Vorstandsrat ermächtigte nach eingehender Beratung den Vorstand, in diesem Sinne mit den Vertretern des Angestelltenbundes zu verhandeln, und gab ihm dabei die Richtschnur, dem Bunde ein weitherziges und großzügiges Entgegenkommen zu bezeigen.

Im Anschluß hieran waren die Fragen zu beraten, die sich auf die durch die neuen Verhältnisse gebotenen Änderungen in der Verfassung und im Aufbau des Vereins ergaben.

Was die Zusammensetzung des Vorstandes betrifft, wurde zunächst der Vorschlag des Vorstandes (mit 59 von 67 Stimmen) angenommen, den Vorstand mit neun Mitgliedern zu besetzen, von denen je drei aus den Kreisen der Arbeitgeber (im weitesten Sinne zu fassen), aus den Kreisen der Arbeitnehmer und aus den nicht gewerblich tätigen Kreisen (Hochschullehrern, Assistenten, ehemaligen Angestellten usw.) stammen sollten.

Die Wahl des Vorstandes erfolgte nach der bisherigen Satzung durch die Hauptversammlung. Der Vorstand hatte vorgeschlagen, die Wahl in Zukunft durch den Vorstandsrat vornehmen zu lassen. Dieser Antrag gab Anlaß zu einer grundsätzlichen Aussprache über das Verhältnis von Hauptversammlung und Vorstandsrat. Es überwog die Ansicht, daß bei einem so vielköpfigen Verein, dessen Mitgliedern nicht nur über Deutschland, sondern über die ganze Welt zerstreut sind, die Hauptversammlung stets nur einen geringen und zufällig zusammengesetzten Teil der Mitglieder umfaßt. Obwohl durch den Beschluß, die Beschränkung der Vertretung auf 10 Stimmen (§ 18 Abs. 2 der Satzung) aufzuheben, die mittelbare Teilnahme eines größeren Kreises von Mitgliedern unmöglich wurde, überwog doch die Ansicht, daß der Vorstandsrat das im demokratischen Sinne gewählte Organ des Vereins, ein Vereinsparlament, darstelle, das in jedem Falle die Meinung der Mitglieder zuverlässiger zum Ausdruck bringe, als die jährlich nach Ort und Zusammensetzung wechselnde Hauptversammlung.

Der Antrag Hannover: „Die Hauptversammlung lehnt es ab, daß die Macht beim Vorstandsrat liegt“, wurde demgemäß gegen 10 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag des Märkischen Bezirksvereins, dem Vorstandsrat die Entscheidung in allen wichtigen Dingen zu übertragen, gegen 5 Stimmen angenommen.

Als weitere Folge dieses Beschlusses sprach sich der Vorstandsrat mit großer Mehrheit dafür aus, den Fachgruppen nur beratende Stimme im Vorstandsrat zu geben, um eine doppelte Stimmenvertretung mancher Mitglieder zu verhindern. Nur in Fragen, bei denen es sich um das eigene Arbeitsgebiet der Fachgruppen handelt, soll die betreffende Gruppe auch eine beschließende Stimme besitzen. Auch den Altvorsitzenden wurde nur eine beratende Stimme zugestanden. Dagegen sollen die angegliederten Vereine im Vorstandsrat ein volles Stimmrecht besitzen unter der Voraussetzung, daß ihre Mitglieder in den Bezirksvereinen auf das Recht der Abstimmung in Angelegenheiten des Hauptvereins verzichten.

Zu den Angelegenheiten, für welche der Vorstandsrat in Zukunft die endgültige Entscheidung haben würde, gehört auch die Wahl des Vorstandes. Es wurden Zweifel geäußert, ob die Verlegung der Vorstandswahl aus der Hauptversammlung in den Vorstand nach den Bestimmungen des BGB. die Zustimmung des Registerrichters finden würde. Für den Fall einer Ablehnung wurde der Vorstand beauftragt, Schritte zur Erlangung der Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung zu unternehmen¹⁾.

Um die Vorstandswahl in demokratischem Sinne derart auszubauen, daß grundsätzlich alle Vereinsmitglieder an der Wahl teilnehmen können, wurde im Hinblick auf die künftigen Satzungen beschlossen, daß die Wahl stattfinden soll auf Grund von Vorschlagslisten, die von den einzelnen Bezirksvereinen in geheimer Abstimmung (Antrag Rheinland-Westfalen) auf-

¹⁾ Tatsächlich war diese Sorge unbegründet, da nach den §§ 40 und 27 BGB. auch bei eingetragenen Vereinen die Vorstandswahl einem anderen Organ als der Hauptversammlung übertragen werden kann.

gestellt und dem Vorstandsrat rechtzeitig übergeben werden. Der Vorstandsrat soll an diese Listen gebunden sein.

Durch diesen Beschuß erledigte sich der Antrag des Bezirksvereins Frankfurt, daß die gesamten Vereinsmitglieder den Vorstandsrat durch schriftliche Zettelwahl wählen sollen, ein Vorschlag, dem in der Beratung der Einwand allzugroßer Unstimmlichkeit und man gelnder Kontrollmöglichkeit entgegengehalten wurde.

Auch der Antrag, die endgültige Wahlliste zunächst durch einen besonderen Wahlausschuß aufzustellen zu lassen, wurde als satzungsmäßige Bestimmung für unnötig gehalten, da der Vorstandsrat immer in der Lage sei, von sich aus im Wege der Geschäftsordnung einen solchen Wahlauschuß einzusetzen.

Schließlich nahm die Versammlung einstimmig den Vorschlag des Vorstandes an, daß der nach diesen Grundsätzen gewählte und jährlich zu $\frac{1}{3}$ erneuerte Vorstand jeweils seinen Vorsitzenden aus seiner Mitte wähle, daß aber die Wiederwahl auf eine noch festzusetzende Höchstzahl von Jahren zu beschränken sei.

Sodann fand eine Aussprache über die bisherige Wirksamkeit des Sozialen Ausschusses und seine Neugestaltung statt.

Der Vorstandsrat war einmütig der Meinung, daß dem Sozialen Ausschuß, der in den letzten Jahren infolge der Kriegsverhältnisse auf eine regere Tätigkeit verzichten mußte, in der Zukunft die besondere Aufgabe zufallen wird, das verbindende Glied zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bilden, durch gemeinsame Beratungen dem Ausgleich zwischen den beiderseitigen Interessen und Anschauungen zu dienen und soweit möglich auch bei Besetzung der in der Verordnung vom 23./12. 1918 vorgesehenen Schlichtungsausschüsse mitzuwirken. Damit der soziale Ausschuß diesen Aufgaben gerecht werden könnte, wurde zunächst die Vermehrung der Zahl der Mitglieder von je drei auf je fünf und fünf Stellvertreter ins Auge gefaßt. Um den Grundsatz der Parität praktisch durchzuführen und dem Sozialen Ausschuß das Vertrauen der beiden sozialen Gruppen innerhalb des Vereins zu sichern, wurde es weiter für nötig gehalten, daß die Vertreter jeder Gruppe ausschließlich von der Gruppe selbst gewählt werden. Als besonders erfreulich wurde es bezeichnet, wenn die Wahlen je nach dem Angestelltenbund und dem Arbeitgeberverband aus den Kreisen der Vereinsmitglieder vorgenommen werden könnten. Der ebenfalls mit Beifall angenommene Gedanke, einen oder zwei Hochschullehrer als neutrale Beisitzer zuzuziehen, soll bei den künftigen Beratungen gleichfalls erwogen werden.

Zur Durchführung des Grundsatzes, daß der Soziale Ausschuß eine durchweg auf freier Wahl bestehende Körperschaft darstellt, wurde es ferner für zweckmäßig gehalten, daß der Soziale Ausschuß nach jeder Neuwahl aus seiner Mitte selbstständig seinen Vorsitzenden wähle. Der Rechtsbeistand des Vereins würde als Berater wie bisher an den Arbeiten des Ausschusses mitwirken können.

Als Mißstand ist es vielfach empfunden worden, daß der Soziale Ausschuß keine Beziehungen zu den Bezirksvereinen unterhält, so daß die große Mehrheit der Vereinsmitglieder während des Jahres eigentlich kaum etwas von der Tätigkeit des Sozialen Ausschusses erfährt. Es wurde daher einstimmig beschlossen, die Bezirksvereine aufzufordern eigene örtliche soziale Ausschüsse einzusetzen; deren Mitglieder später für die etwaige Wahl in den Hauptausschuß vorbereitet würden und die mit diesem letzteren in enger, dauernder Fühlung arbeiten, Anregungen geben und empfangen und auf gemeinsamen Tagungen mit dem Hauptausschuß Fragen grundsätzlicher Bedeutung beraten könnten. Auch wurde eine Anregung (Frankfurt) angenommen, die Bezirksvereine zu ermächtigen und zu ermuntern, Mitglieder mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Sozialen Ausschusses zu entsenden.

Auf weitere, weniger erhebliche Einzelfragen, die in der neuen Satzung zu berücksichtigen sind, konnte wegen Zeitmangels nicht eingegangen werden. Nur die Frage der Rechtsstellung der Bezirksvereine wurde noch erörtert: der Vorschlag des Vorstands, die Bezirksvereine zu ermächtigen, ihre örtlichen Interessen selbstständig zu vertreten, wurde einstimmig gutgeheißen.

Zum Schluß teilte der Vorsitzende mit, daß der Entwurf der abgeänderten Satzung mit einer Erklärung den Bezirksvereinen und Abteilungen baldigst zugehen soll, damit diese rechtzeitig den von 5% der Vereinsmitglieder zu unterstützenden Antrag auf Satzungsänderung stellen können. Er bat die Abteilungen, diese Stimmen zunächst bald zu sammeln und hob noch hervor, daß die Unterstützung des Antrages auf Satzungsänderung noch nicht das Einverständnis mit allen Einzelheiten in sich zu schließen brauche.

Die Satzungen des Bezirksvereins Hessen und der Fachgruppe für chemisches Apparatenwesen wurden genehmigt und damit diese beiden neuen Abteilungen des Vereins.

Auf Antrag von Herrn Professor Hesse wurde beschlossen, einen Protest gegen die Friedensbedingungen unserer Feinde von Seiten der deutschen Chemiker an die Reichsregierung zu richten. Der Vorstand ist diesem Beschuß nachgekommen.

Schluß der Sitzung um 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Vorsitzender: Dr. Th. Diehl.